P-2-B Schluss mit der Verharmlosung: Verschwörungsmythen konsequent entgegentreten!

Gremium:	Länderrat
Beschlussdatum:	13.12.2020
Tagesordnungspunkt:	P Aktuelle politische Lage

Antragstext

Schluss mit der Verharmlosung: Verschwörungsmythenkonsequent entgegentreten!

Wir befinden uns in einer der größten Pandemien, mit welcher die Menschheit bisher umgehen musste. Weltweit hat sie bereits über 1,3 Millionen Menschenleben gekostet. Aus dieser Krise müssen Wege gefunden werden, die Menschenleben schützen und gleichzeitig Grundrechte wahren. Während ein Großteil der Menschen mit umfassenden Maßnahmen und Einschränkungen im persönlichen Umfeld versucht, die Folgen der Pandemie zu beschränken, formieren sich Verschwörungsideolog*innen dagegen. Verschwörungsanhänger*innen stellen auf gleich mehreren Ebene eine Gefahr da: Aufgrund ihrer antidemokratischen und menschenfeindlichen Ideologien an sich, aber auch durch ihre Demonstrationen, die ein massives Infektionsrisiko darstellen. Hygieneregeln werden bewusst missachtet, weder werden Masken getragen noch Abstand gehalten. Organisiert werden die Demonstrationen teils von altbekannten Akteur*innen der extrem rechten Szene: NPD-Funktionär*innen, Mitglieder verbotener Kameradschaften und Netzwerke oder bekannter Reichsbürger*innen. Die AfD zeigt keinerlei Berührungsängste zu diesen, tritt als der parlamentarische Arm der Verschwörungsideolog*innen auf und verbreitet die Ideologie in den Parlamenten und der Öffentlichkeit.

Verschwörungsmythen sind nicht harmlos, sondern gefährlich! Es ist kein Zufall, dass die rechte Bewegung bei diesen Demonstrationen so präsent ist. Der antisemitische Kern und der menschenfeindliche Gehalt der Verschwörungserzählungen passt ideologisch in ihr Weltbild. Der Glaube an eine “Elite” im Hintergrund, die durch Impfungen Menschen vergiften möchte, an eine “Steuerung” durch im verborgen agierende Mächte hat immer antisemitischen Gehalt. Verschwörungsideologien sind seit jeher zentraler Bestandteil der rechtsextremen Ideologie. Die selbsternannten “Hygiene-”Demos bieten eine gute Gelegenheit, mit einem öffentlich heiß diskutierten Thema Aufmerksamkeit zu erregen und sich als vermeintliche “Beschützer der Grundrechte” darzustellen. Die Veranstalter*innen der Demonstrationen nutzen die Verunsicherung und die

Sorgen der Menschen durch die Pandemie bewusst aus. Zugleich bieten sie Orte der neurechten Organisierung und der Erschließung neuer Zielgruppen. Für die Anhänger*innen sind die Demonstrationen auch wesentlich zur Vernetzung und führen dabei gleichzeitig zu einer immer stärkeren Radikalisierung der Teilnehmer*innen. Unter dem Deckmantel “selbst”, “kritisch” oder “quer” zu denken, verbreiten die Anhänger*innen und Organisator*innen Verschwörungsmythen und berufen sich dabei unter anderem auf antisemitische Erzählungen. Diese antisemitischen Verschwörungsmythen sind dabei nicht etwa neu. Auf sie wird sich schon seit Jahrhunderten berufen. In ihrem Deckmantel wurden und werden Pogrome legitimiert. So waren sie auch elementarer Bestandteil der NS-Propaganda. Auch deswegen ist es so grausam, dass sich die Menschen, die gegen die Infektionsschutzmaßnahmen protestieren, mit Jüd*innen während des Nationalsozialismus vergleichen. Denn sie sind keine Opfer! Sich als solche darzustellen, ist Teil ihrer Strategie. Anhänger*innen dieser Mythen und Erzählungen sind dabei keine “harmlosen Spinner”, sondern verbreiten knallharte rechte Ideologie. Klar ist: Wer auf “Querdenker”-Demonstationen mitläuft, macht sich mit Nazis gemein! Die öffentliche Reaktion darauf war lange Zeit ernüchternd. Während in Leipzig im November tausende Rechte durch die Stadt zogen, randalierten und Journalist*innen verfolgten, wurden linke Gegenproteste kriminalisiert. Die Aufarbeitung dieses Tages darf nicht enden, bevor der sächsische Innenminister Wöller nicht zurückgetreten ist!

Den Verschwörungsmythen einen Riegel vorschieben! Wir können nicht länger tatenlos zusehen, wie “Querdenker*innen” versuchen, Parlamente zu besetzen, politische Arbeit stören, Sicherheitsbehörden unterwandern und zu Infektionsrisiken für große Teile der Bevölkerung werden. Es darf nicht weggeschaut werden, wenn rechte und antisemitische Symbole auf Demonstrationen verwendet werden. Die immer wieder vorkommende Relativierung der NS-Verbrechen und der Shoa sind unerträglich und gehören konsequent und entschlossen verfolgt. Hier bedarf es einer konsequenten Kontrolle, Erfassung und Anklage der Täter*innen. Darüber hinaus sprechen wir uns für eine Änderung des Versammlungsrechts nach Berliner Vorbild des “Versammlungsfreiheitsgesetz” aus: Antisemitische und neonazistische Demonstrationen dürfen nicht mehr an relevanten Orten der Erinnerungskultur und offiziellen Jahres- und Gedenktagen bzgl. nationalsozialischter Verbrechen stattfinden. Auf den Demonstrationen der Verschwörungsideolog*innen kommt es zudem immer wieder zu Angriffen gegenüber Pressevertreter*innen, die wir aufs Schärfste verurteilen! Es ist Ziel der Verschwörungsideolog*innen, das Vertrauen in die Medien zu beschädigen oder gar zu zerstören. Es darf nicht sein, dass Journalist*innen Angst haben müssen vor Übergriffen, weil sie nicht darauf vertrauen können, dass die Polizei sie davor schützt. Die Pressefreiheit muss unter allen Umständen gewährleistet sein - nur so können wir uns gegen die Verschwörungsideologien stellen! Angesichts des weiterhin massiven Infektionsgeschehens fordern wir zudem, dass Demonstrationen, die Hygienvorschriften geziehlt missachten, aufgelöst werden, wenn eine Durchsetzung der Hygienemaßnahmen nicht möglich ist. Die systematische Unterschätzung der Verschwörungs-Demonstrationen von Seiten der Landesregierungen und Polizeidirektionen muss enden. Auch hier zeigt sich

wieder: Die Polizei ist viel zu oft auf dem rechten Auge blind. Doch rechte Narrative lassen sich nur mit breitem zivilgesellschaftlichen Widerstand brechen. Kein Wasserwerfer kann antifaschistisches Engagement von uns allen ersetzen. Nicht zuletzt müssen gezielte Bildungs- und Aufklärungsstrukturen dazu beitragen, Menschen Werkzeug in die Hand zu geben um Verschwörungsglauben zu erkennen und dagegen einstehen zu können. Medienkompetenz, Wissen über wissenschaftliche Prozesse und eine demokratische Debattenkultur müssen dafür gefördert werden. Über die Rolle und Wirkung des Internets gibt es in der Forschung über Verschwörungsideologien unterschiedliche Ergebnisse. Offensichtlich ist aber, dass fehlende demokratische Kontrolle und Mitbestimmung sowie intransparente Handlungsweisen der Social-Media-Plattformen den Akteur*innen der Verschwörungsideologien Tür und Tor öffnen, ihre Lügen und Hetze ungestört zu verhindern. Um dem zu begegnen, braucht es eine öffentliche, demokratische Debatte über Algorithmen, da diese für die Verbreitung von Fake-News und Verschwörungserzählungen besonders offen sind. Wir fordern daher die Offenlegung von Algorithmen um eine demokratische Kontrolle über diese zu ermöglichen! Zudem braucht es ein effektives Vorgehen gegen Hass, Hetze und Verschwörungen im Netz, das sich nicht von rechten Trollarmeen einschüchtern lässt. Wenn entsprechende Beiträge nicht gelöscht werden, muss dies erhebliche Strafen nach sich ziehen. Gleichzeitig muss die Justiz in diesem Bereich gestärkt werden, um eine konsequente strafrechtliche Verfolgung zu ermöglichen. Der immer weiter voran schreitenden Radikalisierung der Verschwörungsideolog*innen müssen wir konsequent begegnen, um sie zu stoppen. Zusammen stellen wir uns gegen Hass, Hetze und Verschwörungen!